

17
82

Union in Deutschland

Bonn, den 19. Mai 1982

Jetzt muß gespart werden

Das Ergebnis des parlamentarischen Vermittlungsverfahrens zum Beschäftigungsförderungsgesetz ist ein Erfolg der Union, stellt Helmut Kohl fest:

- Wir haben die Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Grundsteuer verhindert.
- Die Investitionszulage muß durch Einsparungen finanziert werden.
- Der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner dient der Sicherung der Rentenfinanzen und nicht der Sanierung des Bundeshaushaltes.

Nach Auffassung nahezu aller wirtschaftlicher Sachverständigen hätte eine Steuererhöhung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mehr geschadet, als die Investitionszulage allenfalls nutzen kann. Auch die Erhöhung der Grundsteuer ist kein taugliches Mittel, um Wohnungsmarkt und Bautätigkeit zu beleben. Und die von der Bundesregierung vorgesehene Nutzung des Krankenversicherungsbeitrages der Rentner zur Senkung der Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung sollte die Rentner zu einem Sonderbeitrag für die überzogene Schuldenpolitik heranziehen.

Die geschlossene Haltung der Union hat all dies verhindert. Den Bürgern bleiben weitere Steuererhöhungen.

(Fortsetzung Seite 2)

„Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ am 5. Juni in Bonn

Sämtliche Werbematerialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle zur Ankündigung der Demonstration und zur Mobilisierung der Teilnehmer sind inzwischen an die Kreisgeschäftsstellen ausgeliefert.

Ab jetzt wird bundesweit geworben. Mitmachen!

Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit gibt in der rosa Beilage dieser Ausgabe noch einmal Tips zur Herstellung und Gestaltung von Transparenten.

Abfahrtszeiten der Sonderzüge:

Auf den Seiten 14, 15 und 16 dieser Ausgabe (weißer Teil) finden Sie die genauen Abfahrtszeiten der Sonderzüge sowie einen wichtigen Hinweis zur Plakatierung.

■ ASYL

Das vom Bundestag verabschiedete Gesetz erreicht Zielsetzung nicht

Seite 5

■ WETTBEWERB

Marktwirtschaft darf nicht zur Worthülse degradiert werden

Seite 7

■ DOKUMENTATION

Die Rentenreform von 1957 sichern und weiterentwickeln

grüner Teil

■ INFORMATION

Kriminalität ist besorgniserregend

Die Entwicklung der Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor besorgniserregend. Die Kriminalitätskurve steigt unvermindert steil nach oben an. In diesem Jahr beträgt die Steigerung 6,7%. Es wurden 4 071 873 Straftaten registriert. Im Jahre 1969 waren es noch 2 217 966. Damit liegt die Steigerung in diesem Zeitraum bei weit über 80%. Die Gesamtbevölkerung ist in dieser Zeit lediglich um 1,3% angewachsen.

Besondere Sorge bereitet die Gewaltkriminalität, die seit Jahren einen überdurchschnittlichen Anstieg aufweist. Besorgniserregend ist auch die ständige Zunahme der Rauschgiftdelikte, der enorme Anstieg der Jugendkriminalität, insbesondere die der zweiten und dritten Ausländergeneration sowie die wachsende Kriminalität der Ausländer insgesamt.

Bei der Frage nach den Ursachen dieser Entwicklung kann die Bundesregierung von erheblicher Schuld nicht freigesprochen werden.

(Fortsetzung von Seite 1)

gen erspart. Sie sind der falsche Weg. Nur über Einsparungen beim Konsum und mehr Investitionen kann der Arbeitsmarkt entlastet werden.

Indem die Bundesregierung ihr Antragsbegehren auf die Gegenstände des sogenannten „Beschäftigungsförderungsgesetzes“ beschränkte, hat sie im Vermittlungsausschuß jede substantielle Diskussion über konkrete Sparvorschläge abgeschnitten. Vielleicht wollte sie auf diesem Weg die nächste Koalitionskrise etwas hinausschieben.

So wird die SPD/FDP-Koalition bei den

chen werden. Der für Fragen der inneren Sicherheit innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zuständige Abgeordnete, Hans-Joachim Jentsch, weist darauf hin, daß die seit Jahren von SPD und FDP propagierte Scheinliberalisierung zu erheblichen Fehlentwicklungen geführt hat. Notwendig sei eine Umkehr in der Innen-, Rechts- und in der Gesellschaftspolitik. Wir brauchen wieder ein Rechtssystem, in dessen Mittelpunkt — wie vor 1969 — der Mensch steht, der eigenverantwortlich handelt, Pflichten auch gegenüber dem Staat anerkennt und die Verantwortung nicht der Gesellschaft zuschiebt. Rechtsbrecher müssen wieder der Strafe stärker zugeführt, die Gerichtsverfahren müssen fair aber zügig durchgeführt werden.

Friedenskonferenz in Moskau: Lehrstück sowjetischer Manipulation

Bestimmte Vorgänge auf der sogenannten Friedenskonferenz der Kirchen, die in Moskau ihre Plenarsitzung beendet hat, darf man wohl als Lehrstücke sowjetischer Manipulation und Infiltration bezeichnen. Die sorgenvolle Frage, die sich

anstehenden Haushaltsberatungen Sparvorschläge machen müssen. Wir werden sehen, ob die Zusage von Wirtschaftsminister Lambsdorff, die Investitionszulage durch Einsparungen zu finanzieren, noch gilt. Skepsis ist angebracht, wenn jetzt schon der CDU/CSU die Schuld für eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme in die Schuhe geschoben werden soll. Auch dieser Versuch wird der Koalition mißlingen. Die Union hat seit langem konkrete Sparvorschläge gemacht, und sie ist auch weiterhin zur Zusammenarbeit bereit, wenn es gilt, unser Land auf den Weg solider Wirtschafts- und Finanzpolitik zurückzuführen.

Alfred Dregger erneuert Angebot an FDP

Die CDU in Hessen tritt bei den Landtagswahlen am 26. September zum vierten Mal mit ihrem Landesvorsitzenden Alfred Dregger als Spitzenkandidat an. Der 61jährige Politiker wurde auf dem Landesparteitag in Nieder-Florstadt bei Friedberg mit 449 von 452 abgegebenen Stimmen auf Platz eins der Landesliste gewählt.

Alfred Dregger erneuerte das Angebot an die FDP, nach der Landtagswahl am 26. September gemeinsam mit der Union die Regierung in Hessen zu bilden. Wörtlich sagte er: „Wenn sie liberal bleiben bzw. ihr liberales Profil wiederherstellen will, kann sie ihren Platz nur an der Seite der Union finden. Das ist auch der Grund dafür, daß ich meine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der FDP klar zum Ausdruck gebracht habe.“

Als wichtigstes Ziel der 80er Jahre bezeichnete Dregger die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Das gehe aber nicht mit „sozialistischen Konzepten à la Börner“ und auch nicht mit faulen Kompromissen zwischen marktwirtschaftlichen und sozialistischen Vorstellungen. Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung sei nur möglich mit einer Politik der Sozialen Marktwirtschaft.

Für den Fall eines Wahlsieges kündigte Dregger unter anderem an, daß sich der Staat in der Bildungspolitik als Partner der Schulträger, der Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften und insbesondere der Eltern begreifen werde. „Das Jahrzehnt der Konfrontation zwischen Kultusminister und Landeselternbeirat wird am 26. September zu Ende sein“, erklärte Dregger.

Nach Dregger folgen auf den weiteren Plätzen der Landesliste der Vorsitzende der hessischen CDU-Landtagsfraktion, Gottfried Milde, und Manfred Kanther, der Generalsekretär der hessischen CDU. Über ihre Wahlaussagen zur Landtagswahl will die hessische CDU auf einem eigenen Programmparteitag am 21. August in Darmstadt entscheiden.

stellt, lautet: Sind sich die Kirchenvertreter aus der freien Welt dieser Tatsache bewußt geworden; und werden sie Konsequenzen daraus ziehen?

Es soll gar nicht bestritten werden, daß der Friede, der das Thema dieser Konferenz in der sowjetischen Hauptstadt bildete, der Wunsch und das Ziel aller Teilnehmer, ob sie nun aus Ost oder aus West stammten, war. Aber weil der Friede nun einmal unteilbar ist, mußte man es, gelinde gesagt, als einen krassen Widerspruch in sich empfinden, wenn für die Moskauer Ausrichter der Konferenz nur die sowjetische Friedensversion akzeptabel — und

infolgedessen auch nur die sowjetische Politik die wahre Friedenspolitik bedeutete.

Vielleicht haben die Nachrichten und Fernsehbilder von diesem Kongreß in Moskau hier im Westen dazu beigetragen, die Friedensdiskussion in den Kirchen und den kirchlichen Verbänden aus jener euphorischen Unbekümmertheit herauszuholen, die nicht selten politische Fakten und Zielrichtungen völlig außer acht läßt. Dann — aber nur dann — wäre die Reise der westlichen Kirchenleute nach Moskau nicht umsonst gewesen, stellt MdB Willi Weiskirch fest.

■ DDR

Swing nicht von der Frage des Zwangsumtausches abkoppeln

Seit dem 10. Oktober 1980 sind die innerdeutschen Beziehungen außerordentlich belastet. Durch die skrupellose Erhöhung des Zwangsumtausches hat Ost-Berlin die finanzielle Abgrenzungsmauer ein entscheidendes Stück höher gezogen. Der Reiseverkehr in die DDR und nach Ost-Berlin ist dadurch nachhaltig gedrosselt, sein Volumen praktisch halbiert worden. Betroffen wurden in erster Linie die Menschen im geteilten Deutschland. Betroffen wurde aber auch ein Kernstück der innerdeutschen Vertragspolitik, erklärte Peter Lorenz in der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag.

Die Bundesregierung hat wiederholt erklärt, sie werde sich mit der Zwangsumtauscherhöhung nicht abfinden. Sie hat — hierin der Union folgend — den Gesamtzusammenhang der Beziehungen mit der DDR hervorgehoben und dabei auf die anstehenden Swing-Verhandlungen verwiesen. Bundesminister Franke hat sehr bildhaft das „Ende der Fahnenstange“ für den Swing angekündigt — ja, er hat sogar Konsequenzen mit Blick auf die Straßenbenutzungspauschale angedeutet.

Dies alles hörte sich sehr nach Festigkeit und Entschlossenheit an. Wir haben das mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen. Doch seit die SED in den letzten Wochen damit begonnen hat, die Festigkeit der Bundesregierung zu testen, ist die bisherige Position der Bundesregierung immer mehr ins Wanken geraten. Da wird

erklärt, der Swing sei kein Hebel, um die DDR zu einem Entgegenkommen im humanitären Bereich zu bewegen. Natürlich ist der Swing kein Hebel, aber er ist eines der noch vorhandenen Instrumente, das man nach unserer Auffassung eben nicht freiwillig wegwerfen darf! Ob man nun Junktim oder Gesamtzusammenhang nennt: zwischen Swing und Zwangsumtausch besteht selbstverständlich eine innere Verbindung. Beides sind Deviseneinkommensquellen der DDR. Die Lösung der einen Frage liegt im Interesse der DDR, die Lösung der anderen in unserem. Wir sind der Meinung, daß zwischen beidem ein fairer Interessenausgleich gefunden werden muß — nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Sowohl die Spekulationen als auch die Signale des Zurückweichens demontieren die Verhandlungsposition der Bundesrepublik Deutschland. Den Nutzen daraus zieht allein die SED. Das kann doch niemand von uns wollen. In dieser Lage hält es die CDU/CSU für dringend geboten, der Bundesregierung Standhaftigkeit zu empfehlen.

Das bedeutet konkret:

1. Die Frage des Swing darf nicht von der Frage des Zwangsumtausches abgekoppelt werden.
2. Die DDR muß Voraussetzungen schaffen, die einen innerdeutschen Reiseverkehr in seinem früheren Umfang wieder ermöglichen. Andernfalls darf es keine Verhandlung des Swing geben; er müßte dann auf seine vertragliche Höhe von 200 Mio. absinken.
3. Ein bloßer „Sozialrabatt“ für Rentner und Jugendliche führt nicht zur Wiederherstellung der innerdeutschen Geschäftsgrundlage. Menschliche Erleichterungen auf anderen Gebieten — so sehr sie zu begrüßen wären — können kein Ersatz für den Abbau der Hürden im innerdeutschen Reiseverkehr sein.

■ ASYLVERFAHREN

Das vom Bundestag verabschiedete Gesetz erreicht Zielsetzung nicht

Das Ergebnis der Beratungen über das Asylverfahren, das am Freitag, 15. Mai, im Deutschen Bundestag vorgelegt wurde, steht im umgekehrten Verhältnis zu dem dafür benötigten Zeitaufwand. Mit dem Entwurf wird die Zielsetzung des Gesetzes, nämlich, daß wirklich Verfolgte so bald wie möglich ihre Anerkennung als Asylberechtigte erhalten und Scheinasylanten den Aufenthalt in unserem Lande so früh wie möglich beenden, nicht erreicht.

Es ist zu bedauern, daß die Vorschläge des Bundesrates, die auch von fast allen SPD-regierten Bundesländern mitgetragen werden, in den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen kaum Eingang gefunden haben und im Bundestag von SPD und FDP abgelehnt wurden. Die Anrufung des Vermittlungsausschusses scheint sicher.

Eine entscheidende Verkürzung des Asylverfahrens kann nur erreicht werden, wenn offensichtlich aussichtslose Asylanträge im Vergleich zum übrigen Asylverfahren gesondert behandelt werden, erklärte MdB Wolfgang Bötsch in der Debatte. Aus diesem Grunde ist den Ausländerbehörden die Möglichkeit einzuräumen, über offensichtlich unbegründete Asylanträge selbst zu entscheiden. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, daß der Gesetzgeber den Ausländerbehörden die Entscheidungszuständigkeit für eindeutig aussichtslose Asylanträge zuweisen kann. Wenn gleichzeitig der Klage ge-

gen die Entscheidung der Ausländerbehörde die aufschiebende Wirkung versagt wird und im einstweiligen Rechtsschutz die Beschwerdemöglichkeit entfällt, ist gewährleistet, daß offensichtlich unbegründete Asylanträge auf diese Weise sehr rasch entschieden werden können.

Asylbewerber, die offensichtlich unbegründete Asylanträge stellen, und damit im Regelfall unser liberales Asylrecht mißbrauchen, könnten dann nur noch mit einer kurzen Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik Deutschland rechnen. Dies würde dazu führen, daß die Einreise der Scheinasylanten nicht mehr besonders attraktiv ist und daß damit dem Asylmißbrauch wirksam entgegengetreten wird.

Wer den vom Bundesverfassungsgericht selbst vorgezeichneten Weg ablehnt, wird den nach wie vor drängenden Asylproblemen nicht gerecht. In keiner Weise, auch nicht durch die dezentrale Ausgestaltung des Bundesamtes, ist ein auch nur annähernd vergleichbarer Beschleunigungseffekt zu erreichen.

Nach dem Entwurf des Asylverfahrensgesetzes ist auch in Fällen, in denen das Verwaltungsgericht die Klage als offensichtlich unzulässig oder als offensichtlich unbegründet abgewiesen hat unter bestimmten Voraussetzungen die Berufung zuzulassen. Damit wird dem Asylbewerber eine 2. Gerichtsinstanz eröffnet, die er zur Verfahrensverlängerung auch in jedem Falle anrufen wird.

Nach Auffassung der Union genügen eine volle Verwaltungs- und eine volle Ge-

richtsinstanz mit jeweiliger mündlicher Verhandlung. Dem Asylbewerber wird ausreichend Rechtsschutz gewährt, wenn ihm eine Gerichtsstanz zur Verfügung steht; dies um so mehr, als über die Klage nicht der Einzelrichter, sondern die Kammer des Verwaltungsgerichts mit drei Richtern entscheidet. Eine echte Beschleunigung des gerichtlichen Verfahrens bringt der Bundesratsentwurf, der ausdrücklich bestimmt, daß die Entscheidung über die Nichtzulassung der Berufung unanfechtbar ist und damit das gerichtliche Verfahren auf eine Instanz beschränkt.

Eine mit der Neuregelung beabsichtigte Beschleunigung läßt sich mit bestem Willen nicht aus der Vorschrift des Koalitionsentwurfs entnehmen, die bestimmt, daß ein Beauftragter der Bundesregierung die Asylbewerber aufgrund eines bestimmten Schlüssels auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Durch eine Verteilung wird das Asylverfahren verlängert, weil das Bundesamt erst tätig werden kann, wenn das Verteilungsverfahren abgeschlossen ist und weil der Aufenthaltsort der Asylbewerber häufiger wechselt. Eine Verlängerung tritt ferner ein, weil durch Umverteilungs- und Verteilungsanträge die Verwaltungsbehörden zusätzlich belastet werden. Abgesehen davon, verstößt die Bestimmung über die Verteilung der Asylbewerber gegen das Grundgesetz, weil die Aufteilung der Asylbewerber Gesetzesvollzug ist, der nach unserer Verfassung Sache der Länder ist.

Trotz mancher positiven Ansätze bleiben Zweifel, ob die Koalitionsparteien willens sind, wirksame Regelungen zur Beschleunigung des Asylverfahrens zu treffen. Der vorliegende Entwurf des Asylverfahrensgesetzes ist zwar ein umfangreiches Gesetzeswerk, enthält aber nur wenige Elemente, die zu einer echten Beschleunigung führen.

Dazu einige Pressestimmen:

Bis vor drei Jahren die erste Beschleunigungsnovelle zum Asylverfahren in Kraft getreten war, redeten die Politiker bedauernd von acht Jahren Dauer. Dann hieß es, und nach der zweiten Novelle mit Nachdruck (jetzt ist die dritte Novelle dran), die Verfahren seien doch wesentlich kürzer geworden. Am Freitag sprach ein SPD-Abgeordneter wiederum von sechs bis acht Jahren. Eine beeindruckende Verkürzung der Asylverfahren kann es also bisher nicht gegeben haben.

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 14. Mai 1982

In der Asyldebatte des Bundestages waren sich der SPD-Politiker Börner und der CDU-Politiker Vogel darin einig, daß die Bundesregierung die Dringlichkeit eines durchgreifenden Gesetzes gegen den Mißbrauch des Asylrechts noch immer nicht begriffen hat. Immerhin sieht der von der Bundestagsmehrheit angenommene Gesetzentwurf eine Verkürzung des Beschwerdeweges auf ein Jahr vor. Den Regierungschefs der Länder erscheint dieses Sieb aber immer noch als zu durchlässig. Im Vermittlungsausschuß wird man um einen noch kürzeren Prozeß bei der Behandlung von Beschwerden abgewiesener Asylbewerber nicht herumkommen.

„General-Anzeiger“, Bonn, 14. Mai 1982

Ein Land wie Berlin stellte im letzten Jahr fest, daß von über 700 ausländischen, an Rauschgifthandel beteiligten Männern über 500 in die Kategorie der Asylsucher gehörten. Das verrät sofort, daß etwas nicht stimmt. Solche Fälle haben nichts mehr mit dem vom Grundgesetz gemeinten Asylsuchenden zu tun, der in seiner Heimat — wie einst in der Nazizeit — von einem diktatorischen Regime verfolgt wird.

„Kölnische Rundschau“, 14. Mai 1982

■ WETTBEWERB

Marktwirtschaft darf nicht zur leeren Worthülse degradiert werden

Die Zunahme unseres Exportes im gegenwärtigen Zeitpunkt kann uns nicht über den Ernst der Lage hinwegtäuschen, weil die Leistungsbilanz nur eins von mehreren Indizien für Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland ist. Internationale Wettbewerbsfähigkeit drückt sich nicht nur im außenwirtschaftlichen Gleichgewicht aus, sondern auch in Stabilität, Wachstum und vor allem in Beschäftigung.

Blind müßten wir sein, wenn wir die Verknüpfung von nahezu 2 Mio. Arbeitslosen mit Schwachstellen in der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland nicht erkennen würden, erklärte **MdB Jürgen Warnke** bei der Beratung der Großen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion über die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Deutschen Bundestag. Sicher sind Hunderttausende von ihnen arbeitslos aufgrund von Fehlern, die nichts mit Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland zu tun haben. Ich denke an die Kürzung der Haushaltsmittel und die kontraproduktiven Rahmenbedingungen im Baubereich. Aber ebenso sicher geht ein großer Teil der Arbeitslosen von heute auf die zwei großen Fehlentscheidungen der 70er Jahre zurück:

Das Versagen bei der Bewältigung der ersten Ölkrise 1973 und die regierungsamtlich gezüchtete Anspruchsmentalität mit der bekannten Folge des Überverbrauchs und der Investitionslücke von annähernd 200 Milliarden DM.

Annähernd zwei Millionen Arbeitslose sind schlimm genug, geburtenstarke Jahrgänge, Wachstumsraten unterhalb des Produktivitätsanstiegs und immer noch steigende Ausländerzahlen werden bis Mitte dieses Jahrzehnts eine dritte Million Arbeitslose zur Folge haben, wenn die Entwicklung sich selbst überlassen bleibt oder die Weichen falsch gestellt werden.

Jeder vierte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik Deutschland lebt unmittelbar vom Export, indirekt sind es viel mehr. Zusätzlicher Einfuhrdruck wegen mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit bedeutet Gefahr für weitere Millionen von Arbeitsplätzen.

Die Ausgabenprogramme der 70er Jahre waren untauglich. Der Patient ist therapieresistent geworden gegen diese Art von Nachfragestimulierung. Mit dem Sachverständigenrat, den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten und der Bundesbank bekennt sich die Union dazu, die Angebotsbedingungen der deutschen Volkswirtschaft zu verbessern. Fünf Felder sind vor allem problematisch:

- der überhöhte Staatsanteil,
- die zu niedrigen Investitionen,
- die Arbeitskosten,
- die Kosten der Energie,
- die Entwicklung der Erzeugnisse.

Die zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der 80er und 90er Jahre nötigen zusätzlichen Investitionen setzen Investitionsfähigkeit und Investitionsneigung voraus. An beidem fehlt es, wenn der Staat eine Abgabenquote von über 40 % des

Bruttoinlandproduktes in Anspruch nimmt. In Japan sind es nur 24,7 %. Die Eigenkapitalquote unserer Unternehmen ist durch diese Überbesteuerung auf fast 20 % abgesackt und erholt sich selbst in sogenannten „guten Jahren“ nicht mehr.

Der stellvertretende Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Wirtschaftsausschuß MdB Matthias Wissmann, erklärte in der Debatte, daß man sich nicht so sehr von den „Sonnenstrahlen der gegenwärtigen Exportkonjunktur blenden lassen“ sollte, daß man die „Gewitterwolken am Horizont“ übersehe.

Als Begründung dafür, daß die positive Entwicklung nicht überbewertet werden dürfe, wies Matthias Wissmann u. a. auf die Gefahr hin, daß die deutsche Industrie in Zukunft in einen technologischen Rückstand geraten könne.

Der geringe Produktivitätszuwachs der letzten Jahre und die gesunkene Investitionstätigkeit bedeuten ebenfalls eine Hypothek für die zukünftige Entwicklung.

Als innere Ursachen für die langfristigen Probleme deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb sprach Matthias Wissmann u. a. den Mangel an Risikokapital und die hohe Belastung mit ertragsunabhängigen Steuern an. Ein weiterer „Hemmschuh“ sei die steigende Bürokratisierung.

Die Bewältigung der Bürokratieflut belastet besonders die mittleren und kleinen Industrieunternehmen. So zeigt eine Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung, daß gerade in Betrieben mit einem Umsatz bis zu fünf Millionen DM der Anteil der Kosten der für den Staat erbrachten administrativen Leistungen in Prozent des Umsatzes und der Personalkosten um das vielfache über dem liegt, was Unternehmen mit mehr als fünf Millionen Umsatz zu erbringen haben. Wenn ich von einem mittelständischen Unterneh-

men in meinem Wahlkreis höre, daß ein Mitarbeiter in seinem kleinen Betrieb ausschließlich damit beschäftigt ist, Statistiken und Formulare auszufüllen, und andere gesetzliche Verpflichtungen und Behördenanforderungen zu erfüllen, dann sollten wir alle selbstkritisch fragen, ob wir als Gesetzgeber es nicht auch zu verantworten haben, daß die Wirtschaft über neue Steuerverordnungen, Richtlinien, Verwaltungsanweisungen und amtliche Bekanntmachungen zum Teil über Gebühr belastet und damit auch in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt wurde.

Statt aus Fehlern zu lernen und den Mut zu einer Kurskorrektur aufzubringen, scheinen die Sozialdemokraten — wie die Beschlüsse des Münchner Parteitages ausweisen —, den Weg in den Dschungel allumfassender Reglementierung, Bürokratisierung und staatlicher Bevormundung noch leichtfertiger und entschiedener als schon in der Vergangenheit beschreiten zu wollen.

Sicherlich ist es notwendig, gewisse statistische Daten über die Entwicklung der Wirtschaft zur Verfügung zu haben, manchmal hat man aber den Eindruck, viele Sozialdemokraten versteifen sich darauf, neue Meldepflichten statt neuer Arbeitsplätze zu schaffen: eine Investitionsmeldepflicht, eine Meldepflicht für offene Stellen, eine Meldepflicht für Ausbildungsplätze, ein Bundesentwicklungsplan, Strukturräte. All das will die SPD mit einer „vorausschauenden Strukturpolitik“, bei der der Staat „aktiv in den Wirtschaftsprozess eingreifen muß“, verbinden. So sieht doch ein Arbeitsplatzvernichtungs- und nicht ein Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm aus. Damit werden Investitionsprozesse bürokratisiert statt sie zu verstärken und zu beschleunigen.

■ KOALITION

Bonner SPD-Unterbezirk demonstriert gegen Reagan

Horst Ehmke, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, wird nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten von Amerika einen Beschluß seines Bonner Partei-Unterbezirks zur Kenntnis nehmen müssen. Entgegen der dringenden Empfehlung des Bundesvorstandes der Sozialdemokraten hat die Bonner Lokalpartei die Genossen dazu aufgerufen, sich an der Anti-Reagan-Demonstration am 10. Juni d. J. in der Bundeshauptstadt zu beteiligen. Der Vorstand des SPD-Unterbezirks Bonn faßte diesen Beschluß fast einstimmig, lediglich Rolf Renger, Sohn der Bundestagsvizepräsidentin, votierte dagegen.

Unionsvorschläge wieder einmal abgelehnt

Zu der Ablehnung der Gesetzesinitiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und des Bundesrates zur Verbesserung des Demonstrations- und Versammlungsrechts durch SPD und FDP erklärt der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuß, MdB Karl Miltner: Die Vermummung und passive Bewaffnung sowie die Teilnahme an gewalttätigen Demonstrationen trotz Aufforderung, sich aus der Menge zu entfernen (Landfriedensbruch), sollten gesetzlich unter Strafe gestellt werden. Auf diese Weise würden die wesentlichen Ursachen der wachsenden gewaltsamen Ausschreitungen der vergangenen Jahre unterbunden. SPD und FDP haben diese Vorschläge praktisch mit einem einzigen Argument abgelehnt: Die geltenden Gesetze reichen aus. Diese Begründung ist entlarvend

für die Ideen- und Ratlosigkeit dieser Koalition. Seit Jahren steigt die Zahl der Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen bei den Demonstrationen. Zahlreiche Personen wurden verletzt; Sachschäden sind in Millionenhöhe entstanden.

Es hätte jeden Koalitionspolitiker wenigstens nachdenklich stimmen müssen, daß nach einer Infas-Studie 28 % der erwachsenen Bundesbürger Gewaltanwendung manchmal für notwendig halten, bei den Jugendlichen sogar 40 %, und daß 74 % der Jugendlichen Verständnis für aggressive Reaktionen zeigen.

Die CDU/CSU wird ihren Antrag zur Verbesserung des Demonstrations- und Versammlungsrechts trotz der Ablehnung von SPD und FDP aufrecht erhalten.

FDP im Abwärts-Sog

Über Monate nach der Bundestagswahl 1980 schaffte es die FDP, sich aus dem Abwärts-Sog der Sozialdemokraten herauszuhalten. Seit der Jahreswende 1981/82 partizipiert Genschers Pünktchen-Partei aber immer stärker am SPD-Niedergang. Sowohl das Institut für Demoskopie in Allensbach als auch EMNID bestätigen diesen Trend. Innerhalb weniger Monate sackte die FDP von 11 auf 8 Prozentpunkte in der Wählergunst ab; das bedeutet den Verlust von etwa einem Drittel der Wähler in rund vier Monaten. Nach Infas-Bonn ist die FDP sogar auf 7 Prozentpunkte abgesackt.

Zehn SPD-Austritte nach Ärger in der Partei

Zehn Oldenburger Sozialdemokraten, darunter Mitglieder eines Ortsvereinsvorstandes und des Juso-Vorstands, sind aus der Partei ausgetreten. Sie begründen ihren Schritt mit einer zunehmend arbeitnehmerfeindlichen Politik der SPD.

■ VERTEIDIGUNG

Apel „entschärft“ Langzeitbericht über die Bundeswehr

Als die Teilstreitkräfte vor einigen Wochen ihre Beiträge zum Bericht der Langzeitkommission vorlegten, wollte Verteidigungsminister Apel diesen offiziell nicht zur Kenntnis nehmen, weil der Inhalt vernichtend war. So wurde Auftrag erteilt, eine „entschärfte“ Fassung zu erarbeiten, um die Öffentlichkeit nicht allzusehr zu schockieren — immerhin finden in diesen Monaten mehrere Landtagswahlen statt.

Zu den Vorabveröffentlichungen aus dem Bericht der „Langzeitkommission“ des Verteidigungsministeriums erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Peter-Kurt Würzbach: Über diesen Auftrag hatte sich die Langzeitkommission beinahe heillos zerstritten, da — angesichts der bleibenden Realitäten — einige Mitglieder nicht bereit waren, wider besseres Wissen zu verharmlosen. Was bleibt also?

Die Tatsachen, die jetzt veröffentlicht wurden, sind seit Jahren bekannt. Die Lösungsvorschläge haben sich ebenfalls nicht geändert, wie sollten sie auch — bei bleibenden Rahmenbedingungen?

Eine ähnliche Kommission, die bereits vor Jahren unter Vorsitz von General a. D. de Maizière im Auftrag von Verteidigungsminister Apel zum Ergebnis kam, daß wegen der ständigen Überforderung der Bundes-

wehr entweder die Mittel erhöht oder der Auftrag geändert werden muß, hatte schon damals offenkundig für den Papierkorb gearbeitet. Minister Apel hatte in der Folge — bis heute — weder das eine noch das andere entschieden. Niemand kennt die Lage der Bundeswehr im NATO-Bündnis besser als der Bundeskanzler und sein Verteidigungsminister.

Die Reaktion der Soldaten nach der weitgehenden Streichung der „Spitzendienstzulage“ zeigt, daß zunehmend Probleme auf Kosten der Einsatzfähigkeit verharmlost und verdrängt werden.

Was seit Jahren fehlt, sind politische Entscheidungen, die langfristige Perspektiven geben und der Bevölkerung sagen, wie Frieden in Freiheit auch in Zukunft gesichert werden soll. Der Bundeskanzler fand in München für eine Sicherheitspolitik keine Mehrheit mehr — die Leerformeln täuschen.

Minister Apel sagt selbst, daß er nur „nebenbei Verteidigungsminister“ ist. Auch hier — wie in vielen anderen Bereichen — ist die Regierung offensichtlich am Ende. Die SPD hat weder Mut noch Kraft — und schon gar nicht mehr die Gefolgschaft in der eigenen Partei —, um das für unsere gemeinsame Sicherheit Erforderliche zu tun.

Der Verteidigungsminister und der Bundeskanzler müssen offenlegen, was sie wollen.

- Will die Regierung die Bundeswehr verkleinern?
- Will die Regierung den Wehrdienst verlängern?
- Wie viele Frauen und Ausländer sollen nach dem Willen der Regierung in die Bundeswehr eingestellt werden?

Die Wehrpflichtigen, die Öffentlichkeit, die NATO und besonders das Parlament haben ein Recht darauf, die Auffassung und die Entscheidungen der Bundesregierung rechtzeitig mitgeteilt zu bekommen.

■ CDU SAAR

Zum ersten Mal und mit Erfolg: ein offener Parteitag

Zum ersten Mal wurde jetzt im Saarland ein offener Parteitag durchgeführt, auf dem nicht nur Delegierte, sondern auch zahlreiche eingeladene Gäste aktuelle Fragen der Politik diskutieren konnten. Entsprechend dem Vorbild des Bundesparteitages der CDU in Hamburg, auf dem die Christlich Demokratische Union Deutschlands mit dieser Form der Öffnung der Delegierten-Versammlung neue Wege beschrifft, debattierten die Saar-Delegierten und Hunderte von Gästen in drei Arbeitskreisen die „Perspektiven der Wirtschafts- und Finanzpolitik“, das Thema „Jugend — Resignation oder Aufbruch“ und die Forderung der Union nach „Frieden in Freiheit“.

Höhepunkt des Parteitages war die Rede des Landesvorsitzenden der CDU Saar, Ministerpräsident Werner Zeyer, der sowohl landes- als auch bundespolitische Problemfelder ansprach. Entsprechend dem Parteitagsmotto „mit Mut und Weitblick für unser Land“ erhob Zeyer schwere Vorwürfe gegen Bundes- und Landes-SPD.

Den Sozialdemokraten in Bonn hielt er vor, die Machterhaltung sei ihnen inzwischen wichtiger als Regieren, sie setzten die wirtschaftliche und politische Stabilität der Bundesrepublik Deutschland in unverantwortlicher Weise aufs Spiel. Zeyer weiter: „Damit wird das Vertrauen in diesen Staat untergraben. Jahrelang hat die SPD der jungen Generation, den Arbeitneh-

mern, den Frauen und den alten Menschen im wahrsten Sinne des Wortes das Blaue vom Himmel herunter versprochen — vom blauen Himmel über der Ruhr, den Willy Brändt, der führende Illusionist der Bundesrepublik Deutschland, verkündete — bis zum totalen Wohlfahrts- und Versorgungsstaat sozialistischer Prägung: ein Staat mit möglichst nahtlosem Übergang vom BAFÖG zur Rente.“

Heute versuche die SPD verzweifelt klarzumachen, sie sei bei fast zwei Millionen Arbeitslosen trotz wirtschaftlichen Rückgangs und hoher Inflationsrate die Partei der Arbeitnehmer. Richtig sei dagegen, daß die SPD die Partei sei, die den Menschen aufgrund ihrer verfehlten Politik in den vergangenen Jahren die Arbeit immer mehr „genommen“ habe.

Eingehend auf die hohen Belastungen von Arbeitern und Angestellten durch Steuern und Sozialabgaben erinnerte der saarländische CDU-Landesvorsitzende auch an den gescheiterten Versuch der SPDgeführten Bundesregierung, „die ohnehin schon stark gebeutelten Arbeitnehmer über die Mehrwertsteuererhöhung noch mehr zur Kasse zu bitten“. Mit dieser selbst von Vertretern der SPD und FDP in Zweifel gezogenen Finanzierung des Beschäftigungsprogramms hätte die Bonner SPD in Wahrheit nur ein Vehikel schaffen wollen, um der Union die Schuld am Scheitern des Programms zuschieben zu können. Diese habe jedoch mit ihrer Zustimmung zur Investitionszulage zur Belebung der Wirtschaft und dem Programm

zur Förderung arbeitsloser Jugendlicher bewiesen, „daß wir über den Bundesrat eben keine Blockade-Politik, sondern eine Politik zum Wohle aller Bürger betreiben“.

In Verbindung mit der Drohung des scheidenden DGB-Vorsitzenden Vetter, einer denkbaren Koalition der Unionsparteien mit der FDP werde man „kräftig an die Gurgel fahren“, sollte sie ihre wirtschaftlichen Vorstellungen zu verwirklichen suchen, betonte Zeyer in seiner häufig von Beifall unterbrochenen Rede: „Dies ist der bewußte Versuch der Volksverhetzung. Mit solchen Formulierungen bereitet man die Zerstörung des inneren Friedens vor. Hier gilt es, mit aller Kraft den Anfängen zu wehren.“

Scharfe Kritik mußten die saarländischen Sozialdemokraten wegen ihres „arbeitnehmerfeindlichen Kurses“ einstecken. Dem SPD-Landesvorsitzenden Lafontaine, der mit seiner gegen die eigene Bundesregierung gerichteten „Unsicherheitspolitik“ als Gegner des NATO-Doppelbeschlusses inzwischen zu einem Sprecher der SPD-Linken geworden ist, warf Zeyer u. a. vor, er wolle „über eine Politik der

verbrannten Erde“, die Macht im Lande anstreben.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im saarländischen Landtag, Werner Scherer, ging in seinem ausführlichen Bericht zur Arbeit der CDU-Parlamentarier auch auf die Forderungen der saarländischen Opposition nach einem landeseigenen Beschäftigungsprogramm ein. Wenn die Opposition immer wieder verlange, man solle eine bundesweite beispielhafte beschäftigungspolitische Offensive eröffnen, dann halte er dem entgegen, daß „ein Land überfordert ist, wenn es als Reparaturwerkstätte für die Unzahl der in Bonn verschuldeten Pannen in Anspruch genommen werden soll“.

Gastredner des 31. Landesparteitages der CDU Saar war der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende, Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht. Er zeigte sich überzeugt, daß die Unionsparteien „kurz vor der Regierungsübernahme in Bonn stehen“. Alle spürten, daß der notwendige Wechsel komme. Albrecht setzte sich auch eingehend mit der katastrophalen Finanzlage des Bundes und Fragen der Energiepolitik auseinander.

■ CDU BREMEN

Auch in Bremen ist die Wende fällig

Locker ging es auf dem CDU-Landesparteitag in Bremerhaven am 15. Mai 1982 zu. Dennoch wurden die schwierigen wirtschaftlichen Probleme Bremens und Bremerhavens mit Nachdruck behandelt. Das zeigte allein die Flut der Anträge. Insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit und die schlechte Lage der Werften spielten eine herausragende Rolle.

Die Sozialdemokraten müssen in die Opposition“, erklärte der alte und neue Landesvorsitzende Bernd Neumann. Er wurde mit 198 Ja-Stimmen von 231 gültigen Stimmen in seinem Amt bestätigt. Sein Stellvertreter, der Bundestagsabgeordnete Reinhard Metz, erhielt sogar 217 Ja-Stimmen. Schön eng war es im großen Saal im Haus des Handwerks. Das machte den 241 Delegierten nichts aus. Denn sie

witterten Morgenluft, rückten noch enger zusammen. Das unterstrich Neumann in seiner Rede. Er gab die Parole aus: „Der sich anbahnende Stimmenverlust für die SPD muß nicht zwangsläufig uns zugute kommen. Wir müssen darum kämpfen, möglichst viel von dem Verlust der Sozialdemokraten in unsere Scheuer zu fahren.“

Neumann wörtlich: „Ohne Übertreibung kann man sagen, daß unsere Fraktion eindeutig die fleißigste und aktivste ist. Die regelmäßigen Stadtteilbesuche sind inzwischen schon zum Markenzeichen unserer Arbeit geworden.“ Bei einer Mitgliederwerbeaktion im vergangenen Herbst wurden 300 neue Mitglieder geworben. Der Stellenwert der bremischen CDU konnte endgültig auf den letzten Bundesparteitag gehoben werden. Seit dem sind alle Landesverbände im Bundesparteivorstand vertreten. Repräsentant ist Bernd Neumann.

„Die politische Lage unseres Bundeslandes hat sich seit dem letzten Bundesparteitag drastisch verschlechtert“, stellte Neumann fest, „im Land Bremen haben wir die mit Abstand höchste Arbeitslosigkeit, sie liegt weit über dem Bundesdurchschnitt. Die Entwicklung auf dem Bremerhavener Arbeitsmarkt — zur Zeit elf Prozent Arbeitslose — nimmt bedrohliche Formen an.“

Bremen befinde sich in einer Existenzkrise. Der Landesvorsitzende und CDU-Fraktionschef sagte: „Daß wir Recht gehabt haben, löst leider die Krise nicht.“ Aber alle Bürger müßten dies für ihre Wahlentscheidung wissen. Die Sozialdemokraten versuchten nämlich, von ihrer Verantwortung für diese Krise abzulenken. Sie schoben alles auf die Weltwirtschaft oder auf die Bundespolitik, obwohl sie noch in Bonn regierten.

Der endgültige Marsch in die für alle Kinder schädliche Massenschule, in die Einheitsschule, sei nur noch durch ein Mittel

zu verhindern: durch eine hohe Wahlinderlage der SPD im Herbst 1983. „Wer das nicht begreift, soll sich anschließend bei uns nicht beklagen.“

Der einstmals gute Ruf Bremens unter Wilhelm Kaisen sei dahin — das bestätigte auch der Bonner Vertreter der bremischen CDU, Reinhard Metz. „Wer so mit dem Geld aast“, griff Metz die Bremer Landesregierung an, „hat jeden Kredit verloren. Deshalb kommen die Sozialdemokraten auch in Bonn nicht weiter, wenn sie mit ihren Sorgen hausieren gehen. Koschnick habe es zugelassen, daß nicht die Senatoren, sondern die Delegierten in den SPD-Unterbezirken das Land Bremen regierten.“

Der CDU-Fraktions-Vize, Peter Kudella, malte eine düstere Prognose unter sozialdemokratischer Herrschaft für den Arbeitsmarkt: „Wir müssen bundesweit mit zwei bis vier Millionen Arbeitslosen bis Ende der 80er Jahre rechnen. Das bedeutet für Bremen 43 000 bis 45 000 Arbeitslose. Deshalb müssen wir dafür sorgen, daß jeder, der von der Schule abgeht, einen Arbeitsplatz erhält.“

Stoltenberg warnt vor neuen Kohlekraftwerken

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (CDU) hat sich besorgt über den Plan des Hamburger Senats geäußert, drei neue Kohlekraftwerke zu errichten. Stoltenberg erklärte, er befürchte, daß diese Kraftwerke zu Umweltproblemen führen würden und verwies auf wissenschaftliche Untersuchungen, in denen vor dem Einsatz fossiler Brennstoffe für die Energiegewinnung wegen möglicher Umweltgefahren gewarnt wird. In Norddeutschland würden alte Kohlekraftwerke mit einer „erschreckenden Umweltbelastung“ weitergefahren, weil neue Kernkraftwerke verhindert würden, sagte Stoltenberg.

Abfahrtszeiten der Sonderzüge zur Großdemonstration in Bonn

Abfahrt Sonderzug ①

Berlin	ca. 23.00 Uhr
Hannover Hbf.	05.30 Uhr
Bonn Hbf.	an 09.29 Uhr
Rückfahrt	
Bonn	ab 17.25 Uhr
Berlin	an ca. 01.00 Uhr

Abfahrt Sonderzug ②

Wilhelmshaven	04.20 Uhr
Sande	04.33 Uhr
Varel	04.48 Uhr
Rastede	05.05 Uhr
Oldenburg Hbf.	05.21 Uhr
Ahlhorn	05.50 Uhr
Cloppenburg	06.04 Uhr
Essen (Old.)	06.20 Uhr
Quakenbrück	06.33 Uhr
Bersenbrück	06.51 Uhr
Osnabrück Hbf.	07.56 Uhr
Lengerich	08.08 Uhr
Bonn Hbf.	an 10.50 Uhr
Rückfahrt	
Bonn Hbf.	ab 16.05 Uhr
Wilhelmshaven	an 22.17 Uhr

Abfahrt Sonderzug ③

Nordenham	04.05 Uhr
Brake	04.28 Uhr
Hude	05.08 Uhr
Delmenhorst	05.40 Uhr
Wildeshausen	06.10 Uhr
Goldenstedt	06.26 Uhr
Vechta	06.45 Uhr
Lohne	06.57 Uhr
Steinfeld	07.18 Uhr
Neuenkirchen	07.40 Uhr
Osnabrück Hbf.	08.42 Uhr
Bonn Hbf.	an 11.44 Uhr

Rückfahrt	
Bonn Hbf.	ab 18.00 Uhr
Nordenham	an 01.05 Uhr

Abfahrt Sonderzug ④

Kassel Hbf.	05.57 Uhr
Wabern	06.24 Uhr
Treysa	06.43 Uhr
Stadtallendorf	06.55 Uhr
Marburg	07.11 Uhr
Gießen	07.30 Uhr
Wetzlar	07.40 Uhr
Herborn	08.00 Uhr
Dillenburg	08.13 Uhr

Siegen	08.40 Uhr
Niederschelden	08.49 Uhr
Betzdorf	09.00 Uhr
Wissen	09.12 Uhr
Bonn-Beuel	an 10.16 Uhr
Rückfahrt	
Bonn-Beuel	ab 16.53 Uhr
Kassel Hbf.	an 21.09 Uhr

Abfahrt Sonderzug ⑤

Bebra	05.00 Uhr
Hersfeld	05.17 Uhr
Fulda	05.48 Uhr
Neuhof	05.57 Uhr
Wächtersbach	06.21 Uhr
Gelnhausen	06.31 Uhr
Hanau Hbf.	06.55 Uhr
Friedberg	07.20 Uhr
Bad Nauheim	07.33 Uhr
Gießen	08.03 Uhr
Wetzlar	08.17 Uhr
Limburg	09.08 Uhr
Bonn-Beuel	an 10.35 Uhr
Rückfahrt	
Bonn-Beuel	ab 17.30 Uhr
Bebra	an 22.55 Uhr

Abfahrt Sonderzug ⑥

Mainz Hbf.	09.15 Uhr
Bingerbrück	09.32 Uhr
Oberwesel	09.43 Uhr
St. Goar	09.49 Uhr
Bonn	an 10.57 Uhr
Rückfahrt	
Bonn	ab 20.39 Uhr
Mainz Hbf.	an 22.15 Uhr

Abfahrt Sonderzug ⑦

Neustadt	05.40 Uhr
Ludwigshafen	06.05 Uhr
Worms	06.25 Uhr
Oppenheim mit Eilzug der Bundesbahn nach Mainz, dort Zustieg in Sonderzug	
Mainz Hbf.	07.10 Uhr
Ingelheim	07.22 Uhr
Bingen	07.33 Uhr
Bonn	an 08.52 Uhr
Rückfahrt	
Bonn	ab 19.26 Uhr
Neustadt	an 22.27 Uhr

Abfahrt Sonderzug ⑧

Schifferstadt	06.45 Uhr
Ludwigshafen	07.02 Uhr
Frankenthal	07.20 Uhr
Bonn Hbf.	an 09.45 Uhr
Rückfahrt	
Bonn	ab 20.09 Uhr
Schifferstadt	an 23.09 Uhr

Abfahrt Sonderzug ⑨

Saarlouis	05.55 Uhr
Dillingen	06.02 Uhr
Merzig	06.14 Uhr
Mettlach	06.23 Uhr
Trier	07.00 Uhr
Wengerohr	07.32 Uhr
Cochem	07.57 Uhr
Bonn Hbf.	an 09.14 Uhr
Rückfahrt	
Bonn Hbf.	ab 18.44 Uhr
Saarlouis	an 21.58 Uhr

Abfahrt Sonderzug ⑩

St. Ingbert	06.52 Uhr
Homburg	07.08 Uhr
Landstuhl	07.25 Uhr
Kaiserslautern	07.38 Uhr
Bonn-B. Godesb.	an 10.57 Uhr
Rückfahrt	
Bonn Hbf.	ab 16.50 Uhr
St. Ingbert	an 21.08 Uhr

Abfahrt Sonderzug ⑪

Göppingen	07.17 Uhr
Esslingen	07.39 Uhr
Stuttgart Hbf.	07.56 Uhr
Ludwigsburg	08.11 Uhr
Heilbronn Hbf.	08.42 Uhr
Bad Friedrichsh.	08.54 Uhr
Heidelberg Hbf.	09.45 Uhr
Mannheim Hbf.	10.01 Uhr
Bonn Hbf.	an 12.46 Uhr
Rückfahrt	
Bonn Hbf.	ab 18.10 Uhr
Göppingen	an 00.10 Uhr

Abfahrt Sonderzug ⑫

Lörrach	06.05 Uhr
Weil	06.25 Uhr
Mühlheim	06.46 Uhr
Freiburg Hbf.	07.04 Uhr
Denzlingen	07.10 Uhr
Emmendingen	07.15 Uhr

Lahr	07.33 Uhr
Offenburg	07.45 Uhr
Baden-Baden	08.09 Uhr
Rastatt	08.15 Uhr
Karlsruhe	08.30 Uhr
Mannheim Hbf.	09.09 Uhr
Bonn Hbf.	an 12.09 Uhr
Rückfahrt	
Bonn Hbf.	ab 17.27 Uhr
Lörrach	an 23.23 Uhr

Abfahrt Sonderzug 13	
Frankfurt	07.36 Uhr
Bonn-Beuel	an 09.52 Uhr
Rückfahrt	
Bonn-Beuel	ab 18.10 Uhr
Frankfurt	an 20.19 Uhr

Abfahrt Sonderzug 14	
Frankfurt	06.25 Uhr
Bonn-Beuel	an 08.50 Uhr
Rückfahrt	
Bonn-Beuel	ab 19.00 Uhr
Frankfurt	an 21.17 Uhr

Abfahrt Sonderzug 15	
Konstanz	04.55 Uhr
Radolfzell	05.11 Uhr
Singen	05.21 Uhr
Immendingen	05.47 Uhr
Donaueschingen	06.00 Uhr
Villingen	06.13 Uhr
St. Georgen	06.25 Uhr
Tübingen	06.40 Uhr
Hausach	07.01 Uhr
Haslach	07.06 Uhr
Offenburg	07.35 Uhr
Baden-Baden	07.57 Uhr
Karlsruhe Hbf.	08.23 Uhr
Bonn Hbf.	an 11.50 Uhr
Rückfahrt	
Bonn Hbf.	ab 16.21 Uhr
Konstanz	an 23.11 Uhr

Abfahrt Sonderzug 17	
Flensburg	03.38 Uhr
Schleswig	04.07 Uhr
Rendsburg	04.34 Uhr
Neumünster	05.06 Uhr
Hamburg-Altona	06.16 Uhr
Hamburg-Dammtor	06.25 Uhr
Hamburg Hbf.	06.33 Uhr
Hamburg-Harburg	06.48 Uhr
Bremen	08.05 Uhr
Bonn Hbf.	an 12.33 Uhr
Rückfahrt	
Bonn Hbf.	ab 15.25 Uhr
Flensburg	an 23.25 Uhr

Abfahrt Sonderzug 18	
Westerland	22.30 Uhr
Keitum	22.37 Uhr
Morsum	22.42 Uhr
Klanxbüll	22.56 Uhr
Emmelsbüll	23.00 Uhr
Lehnshallig	23.05 Uhr
Niebüll	23.15 Uhr
Husum	23.46 Uhr
Heide	00.11 Uhr
Melldorf	00.21 Uhr
Itzehoe	00.58 Uhr
Glückstadt	01.14 Uhr
Elmshorn	01.32 Uhr
Pinneberg	01.45 Uhr
Hamburg-Altona	02.17 Uhr
Hamburg-Dammtor	02.25 Uhr

Rückfahrt	
Bonn-Beuel	ab 16.20 Uhr
Kiel Hbf.	an 23.52 Uhr

Abfahrt Sonderzug 20	
Hamburg-Altona	00.49 Uhr
Hamburg-Dammtor	01.01 Uhr
Hamburg Hbf.	01.15 Uhr
Hamburg-Harburg	01.40 Uhr
Bremen	03.25 Uhr
Bonn-Beuel	an 07.31 Uhr

Rückfahrt	
Bonn-Beuel	ab 17.24 Uhr
Hamburg-Altona	an 23.03 Uhr

Abfahrt Sonderzug 21	
Darmstadt	05.25 Uhr
Groß-Gerau	05.38 Uhr

Hinweis zur Plakatierung!

Für die Kreisverbände, die nicht genügend Plakate zur Großdemonstration zur Verfügung haben, weisen wir auf die Möglichkeit hin, das Plakat „Wir wollen in Frieden und Freiheit leben“ zu plakatieren. So z. B. abwechselnd ein Demonstrations-Plakat „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ und ein Plakat „Wir wollen in Frieden und Freiheit leben“.

Format DIN A0: Bestell-Nr. 8280,
100 Expl. 60,— DM

Format DIN A1: Bestell-Nr. 8281,
100 Expl. 45,— DM

Hamburg Hbf.	02.35 Uhr
Hamburg-Harburg	02.50 Uhr
Bremen Hbf.	03.50 Uhr
Bonn Hbf.	an 07.55 Uhr
Rückfahrt	
Bonn Hbf.	ab 16.30 Uhr
Westerland	an 01.12 Uhr

Wiesbaden Hbf.	06.10 Uhr
Bonn-Beuel	an 08.00 Uhr
Rückfahrt	
Bonn-Beuel	ab 17.01 Uhr
Darmstadt	an 19.38 Uhr

Abfahrt Sonderzug 19	
Kiel Hbf.	22.35 Uhr
Preetz	22.56 Uhr
Ascheberg	23.06 Uhr
Plön	23.13 Uhr
Eutin	23.29 Uhr
Bad Schwartau	23.50 Uhr
Lübeck Hbf.	00.30 Uhr
Bad Oldesloe	01.00 Uhr
Hamburg Hbf.	02.05 Uhr
Hamburg-Harburg	02.50 Uhr
Bremen	04.55 Uhr
Bonn-Beuel	an 09.08 Uhr

Abfahrt Sonderzug 22	
Hannover Hbf.	06.14 Uhr
Minden	06.59 Uhr
Bad Oeynhausen	07.12 Uhr
Löhne	07.20 Uhr
Herford	07.28 Uhr
Oelde	08.02 Uhr
Neubeckum	08.09 Uhr
Aalen	08.16 Uhr
Hamm	08.26 Uhr
Bonn-Beuel	an 10.58 Uhr
Rückfahrt	
Bonn-Beuel	ab 18.24 Uhr
Hannover Hbf.	an 22.55 Uhr

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

Abfahrt Sonderzug 24

Dortmund Hbf.	05.04 Uhr
Hagen Hbf.	05.31 Uhr
Wuppertal-Elberf.	06.50 Uhr
Bonn Hbf.	an 07.55 Uhr
Rückfahrt	
Bonn Hbf.	ab 21.10 Uhr
Dortmund	an 23.00 Uhr

Abfahrt Sonderzug 24

Hamm	06.10 Uhr
Herne	06.52 Uhr
Wanne-Eickel Hbf.	06.58 Uhr
Gelsenkirchen Hbf.	07.05 Uhr
Bonn-Beuel	an 08.39 Uhr
Rückfahrt	
Bonn-Beuel	ab 19.49 Uhr
Hamm	an 22.21 Uhr

Abfahrt Sonderzug 25

Essen Hbf.	08.05 Uhr
Mülheim	08.14 Uhr
Düsseldorf Hbf.	08.43 Uhr
Bonn	an 09.59 Uhr
Rückfahrt	
Bonn Hbf.	ab 20.50 Uhr
Essen Hbf.	an 22.23 Uhr

Abfahrt Sonderzug 27

Kleve	09.12 Uhr
Goch	09.30 Uhr
Kevelaer	09.45 Uhr

Geldern	09.56 Uhr
Kempen	10.12 Uhr
Krefeld Hbf.	10.24 Uhr
Bonn Hbf.	an 11.26 Uhr
Rückfahrt	
Bonn Hbf.	ab 19.02 Uhr
Kleve	an 21.32 Uhr

Abfahrt Sonderzug 28

Emmerich	09.54 Uhr
Wesel	10.18 Uhr
Dinslaken	10.30 Uhr
Duisburg Hbf.	10.53 Uhr
Bonn Hbf.	an 12.02 Uhr
Rückfahrt	
Bonn Hbf.	ab 20.02 Uhr
Emmerich	an 22.13 Uhr

Abfahrt Sonderzug 31

Rheine	06.30 Uhr
Emsdetten	06.41 Uhr
Münster Hbf.	07.00 Uhr
Hamm	07.35 Uhr
Schwerte	08.00 Uhr
Hagen Hbf.	08.22 Uhr
Bonn-Beuel	an 09.35 Uhr
Rückfahrt	
Bonn-Beuel	ab 19.25 Uhr
Rheine	an 22.15 Uhr

Abfahrt Sonderzug 32

Homburg/Saar	07.18 Uhr
--------------	-----------

St. Ingbert	07.34 Uhr
Saarbrücken Hbf.	07.52 Uhr
Völklingen	08.04 Uhr
Saarlouis Hbf.	08.17 Uhr
Trier	09.08 Uhr
Bonn-Beuel	an 11.14 Uhr
Rückfahrt	
Bonn Hbf.	ab 19.13 Uhr
Homburg	an 23.00 Uhr

Abfahrt Sonderzug 33

Berlin	ca. 20.00 Uhr
Helmstedt	00.12 Uhr
Hannover Hbf.	01.22 Uhr
Bonn-Beuel	an 05.40 Uhr
Rückfahrt	
Bonn-Beuel	ab 21.35 Uhr
Berlin	an ca. 05.30 Uhr

Abfahrt Sonderzug 34

Altenbeken	09.18 Uhr
Paderborn Hbf.	09.34 Uhr
Geseke	09.46 Uhr
Lippstadt	09.54 Uhr
Soest	10.08 Uhr
Werl	10.18 Uhr
Unna	10.30 Uhr
Bonn-Beuel	an 12.03 Uhr
Rückfahrt	
Bonn-Beuel	ab 22.02 Uhr
Altenbeken	an 00.48 Uhr

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Mühlenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50).
Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

Ud